

cases.regierungsforschung.de
Das Fallprogramm auf Regierungsforschung.de

Henning Becker

Hessische Verhältnisse

Die gescheiterte Regierungsbildung von Andrea Ypsilanti

09. November 2011

Informationen und Materialien zum Einsatz dieses Falles erhalten Sie auf E-Mail-Anfrage:
cases@regierungsforschung.de

NRW | **School of Governance**
www.nrwschool.de

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Herausgeber und Koordination des Fallprogramms

Prof. Dr. Andreas Blätte (Hrsg.)
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 2286
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179
andreas.blaette@uni-due.de

Simon Wiegand, Dipl.-Soz.-Wiss.
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 4341
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3656
simon.wiegand@uni-due.de

Karina Hohl, B.A.
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 4341
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3656
karina.hohl@uni-due.de

cases@regierungsforschung.de

Redaktion Regierungsforschung.de

Matthias Bianchi, M.A.
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 4106
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179
matthias.bianchi@uni-due.de

Herausgeber (V.i.S.d.P.)
Univ.-Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte

Redaktionsanschrift

NRW School of Governance
Institut für Politikwissenschaft
Lotharstraße 53
47057 Duisburg

redaktion@regierungsforschung.de

Hessische Verhältnisse

Die gescheiterte Regierungsbildung von Andrea Ypsilanti

Autor Henning Becker¹

Eine der umstrittensten Personen des Politikbetriebs in den vergangenen Jahren ist die hessische SPD-Politikerin Andrea Ypsilanti. Ihr Aufstieg und Fall in den Jahren 2006 bis 2009 beschäftigte intensiv Politik, Medien und Wähler zugleich. Ihr gescheiterter Versuch, im Jahre 2008 eine von der Linkspartei tolerierte Minderheitsregierung mit Bündnis 90/Die Grünen in Hessen auf den Weg zu bringen, wird von vielen als dramatischer Fall gescheiterten Politikmanagements angesehen. Oder war die misslungene Wahl zur Ministerpräsidentin nur Folge eines gewagten Koalitionsversuchs im neuen Fünfparteiensystem?

Andrea Ypsilanti zog im September 2009 einen Schlussstrich unter ihr parteipolitisches Engagement auf Bundesebene. Am 29. Oktober 2009 verkündete sie ihre Absicht, nicht erneut für den Parteivorstand der Bundes-SPD zu kandidieren. Damit schloss sie die Entwicklungen der vergangenen Jahre, die mit ihrem unerwarteten Aufstieg zur Spitzenkandidatin der hessischen SPD und einem unerwartet guten Abschneiden der SPD bei der Landtagswahl im Januar 2008 einen Höhepunkt erreichten, gewissermaßen ab. In einem offenen Brief¹ an den Parteivorstand legte sie die Gründe für ihren Verzicht auf eine weitere Kandidatur dar. Andrea Ypsilanti übte in diesem Brief scharfe Kritik am Vorgehen der Bundes-SPD, sowohl im Bezug auf die Besetzung von Posten nach der Bundestagswahl, als auch den Umgang mit ihr und ihrem Projekt zur Bildung einer Landesregierung in Hessen im Jahr 2008.

Die Parteiführung hätte den Versuch, mit Hilfe der Grünen eine Minderheitsregierung unter Tolerierung der Linkspartei in Hessen 2008 zu installieren, nicht ausreichend unterstützt:

„Die hessische SPD und insbesondere ich als Person wurden hingegen systematisch von denen diskreditiert, die mit inhaltlichen Wortbrüchen (Teile der Agenda 2010, Mehrwertsteuererhöhung etc.) zum Identitätsverlust der SPD und in der Folge zu hunderttausenden Parteiaustritten und serienmäßigen Wahlniederlagen beigetragen haben.“²

Andrea Ypsilanti verteidigte noch einmal ihren Versuch, das hessische Modell der Tolerierung durch die Linkspartei als Chance zu begreifen und somit strategische Zukunftsoptionen für die SPD zu testen. Ihre Partei hätte sich ernsthaft damit auseinandersetzen sollen, warum der inhaltlich prägnante Wahlkampf in Hessen zu einem Wählerzuwachs geführt hatte, der der Partei andernorts und auf Bundesebene in den letzten Jahren versagt geblieben war.

¹ Henning Becker ist Absolvent des Masterstudiengangs Politikmanagement, Public Policy und öffentliche Verwaltung an der Universität Duisburg-Essen. Seit Mai 2010 ist er Mitarbeiter des Grünen NRW-Landtagsabgeordneten Mehrdad Mostofizadeh. Der vorliegende Fall ist im Rahmen der Master-Arbeit von Henning Becker entstanden.

Der Weg zu jenem Abschied von Andrea Ypsilanti war verschlungen. Andrea Ypsilanti befand sich bei ihrem Versuch, in Hessen eine Regierung zu bilden, in einem Dilemma. Sie musste sich aufgrund der fehlenden Mehrheitsverhältnisse für eine rot-grüne Regierung zwischen den folgenden Optionen entscheiden: Entweder könnte sie die Chance verstreichen lassen, die SPD in eine Regierung zu führen. Oder sie könnte ein zentrales Wahlkampfversprechen brechen und mit der Linkspartei oder der CDU eine Regierung bilden. Die Frage ist nun, ob ihr tatsächlich nichts anderes übrig blieb oder aber der Blick für machbare Alternativen fehlte? Begonnen hatte das erste Kapitel dieses paradigmatischen Falls für Koalitionsbildung im Fünfparteiensystem mit den Entscheidungen zur Spitzenkandidatenkür der hessischen SPD 2006.

Die Kür zur Spitzenkandidatin 2006

Auf dem hessischen SPD-Landesparteitag am 2. Dezember 2006 in Rotenburg an der Fulda stand die Entscheidung für die Spitzenkandidaten zur Landtagswahl im Januar 2008 an. Es ergab sich ein Wettstreit mit offenem Ausgang. Nachdem der von vielen Genossen favorisierte Offenbacher Bürgermeister Gerhard Grandke angekündigt hatte, als Spitzenkandidat nicht zur Verfügung zu stehen,³ warben die Parteivorsitzende Andrea Ypsilanti und der Fraktionsvorsitzende der SPD im hessischen Landtag, Jürgen Walter, um die Gunst der SPD-Mitglieder. Zu Beginn des Jahres hatte Jürgen Walter noch angekündigt, keine Kandidatur anzustreben, da er Grandke für den idealen Kandidaten gehalten hatte. Doch nach Grandkes Entscheidung und Andrea Ypsilantis Ankündigung, als Spitzenkandidatin gegen Roland Koch antreten zu wollen, entschloss er sich dazu, sich auch um die Spitzenkandidatur zu bewerben. Walter begründete seine Entscheidung zur Kandidatur damit, dass durch den Verzicht Grandkes, den Walter sehr bedauerte, eine neue Situation entstanden sei. Die Kandidatur Ypsilantis nahm er mit „Respekt zu Kenntnis“. Der Wettstreit der beiden Kandidaten begann in einer durchaus unterkühlten Atmosphäre.⁴

Von Mitte September bis Ende November 2006 reisten Andrea Ypsilanti und Jürgen Walter auf ihrer „Hessen-Tour“ durch das Bundesland, um sich in allen 26 Unterbezirken den Fragen der Parteimitglieder zu stellen und diese für sich zu gewinnen. Beide bekamen dabei prominente Unterstützung von der Bundesebene der SPD. So sprachen sich unter anderem die damalige Justizministerin Brigitte Zypries und der ehemalige Bundesfinanzminister und hessische Ministerpräsident Hans Eichel für Walter aus. Andrea Ypsilanti hingegen bekam Unterstützung von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, deren Vorsitzende die Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Elke Ferner ist.⁵ Auch der Chef des Landesverbandes Hessen-Süd, Gernot Grumbach, sprach sich für Andrea Ypsilanti als Spitzenkandidatin aus.⁶

Bei den Abstimmungen in den Unterbezirken konnte zunächst Andrea Ypsilanti mehr Stimmen auf sich vereinen. Doch dann, Anfang November, nach der Hälfte der 26 Debatten in den Unterbezirken, lag Walter in acht von dreizehn Unterbezirken vorne.⁷ Die 26 Unterbezirke entschieden sich letztendlich mehrheitlich für Walter (18 zu acht). Allerdings lag er in absoluten Zahlen

nur 200 Stimmen (bei 6500 abgegebenen Stimmen) vor Andrea Ypsilanti. Außerdem war das Votum für die Delegierten des Landesparteitages Anfang Dezember in Rotenburg an der Fulda, auf dem der Spitzenkandidat gekürt werden sollte, nicht bindend. Es sollte lediglich ein Meinungsbild geschaffen werden und es war jedem Unterbezirk selbst überlassen, ob er nach der Diskussion mit den beiden Kandidaten über sie abstimmen lassen wollte oder nicht.⁸ Das lag daran, dass die Satzung der hessischen SPD keine Urabstimmung vorsieht. Die Reise durch die Unterbezirke war ein Stimmungstest – nicht mehr und nicht weniger.

Auf dem Parteitag kam es dann zum „Show-down“. Andrea Ypsilanti hielt, für viele überraschend, eine Rede, mit der sie die Delegierten mitreißen konnte. Vorher war sie nicht unbedingt als glänzende Rednerin aufgefallen.⁹ Sie hatte offensichtlich die bessere Tagesform als Walter, der Applaus für ihre Rede fiel wesentlich länger aus.¹⁰ Dennoch entschieden sich die Delegierten im ersten Wahlgang für keinen der beiden Kandidaten. Beide Kandidaten erhielten je 172 der insgesamt 347 abgegebenen Stimmen, drei Delegierte enthielten sich. Es entstand ein Patt. Vor allem im Walter-Lager rief der damit notwendig gewordene zweite Wahlgang ungläubiges Stauen hervor. In diesem setzte sich die Parteivorsitzende mit 175 zu 165 Stimmen durch. Das Ergebnis veranlasste den nordhessischen Abgeordnete und Walter-Anhänger Günter Rudolph zu der Aussage, dass er es für bemerkenswert halte, wie der Parteitag das Stimmungsbild der Basis ignoriere.¹¹

Mit Andrea Ypsilanti setzte sich allerdings die Kandidatin durch, die im Landesverband besser vernetzt war und die als Parteichefin als natürliche Wahl der Funktionärssebene der Partei galt.¹² Ypsilanti gelang ein Überraschungserfolg gegen ihren Widersacher vom rechten Parteiflügel, den ihr nicht viele zugetraut hatten.

Nach ihrer Wahl zur Spitzenkandidatin übernahm Andrea Ypsilanti von Jürgen Walter im Januar 2007 den Fraktionsvorsitz im Landtag. Walter begründete diesen Schritt damit, dass er der Spitzenkandidatin auch im Landtag die politische Bühne überlassen wolle. Andrea Ypsilanti hatte somit die Leitung von Partei und Fraktion inne, was sie zur unangefochtenen Nummer eins der SPD in Hessen machte und ihrer Spitzenkandidatur Rückenwind verlieh.

Die Struktur der hessischen SPD

Mit der Entscheidung für Andrea Ypsilanti und gegen Jürgen Walter setzte sich in Hessen der linke Parteiflügel der SPD mit dem „Gegenentwurf zu Roland Koch“ (Andrea Ypsilanti) gegen den „kleinen Koch“ (Jürgen Walter) vom rechten Flügel durch.¹³ Die Pattsituation im ersten Wahlgang der beiden Spitzenkandidaten steht exemplarisch für die Spaltung der SPD in Hessen. Diese traditionelle Spaltung findet ihren Niederschlag auch in den regionalen Organisationsstrukturen: In der hessischen SPD dominieren die beiden Bezirke Hessen-Nord und Hessen-Süd das Geschehen. Der Landesverband nimmt ihnen gegenüber eine eher schwache Position ein, da die Bezirke über ein ausgeprägtes politisch-organisatorisches Eigenleben verfügen, das sie unab-

hängig von der Landesebene macht. Schon ein Blick auf die Personalressourcen macht dies deutlich - 94 Prozent der Personalkosten der SPD in Hessen gehen auf das Konto der beiden Bezirke.

Die beiden Bezirke dominieren nicht nur den Landesverband, sie sind auch ideologisch unterschiedlich geprägt. So wird der weitaus mitgliederstärkere Bezirk Hessen-Süd (40.990 Mitglieder)¹⁴ dem linken Flügel der Partei zugeordnet, weshalb er auch als „linke Speerspitze der Bundes-SPD“ bezeichnet wird. Der Bezirk Hessen-Nord mit seinem Zentrum in Kassel gilt als rechter bzw. pragmatischer Flügel in der Hessen-SPD. Der Bezirk hat zwar weniger Mitglieder (22.371 Mitglieder),¹⁵ dafür verfügt er über eine hohe Mitgliederdichte (Parteimitglieder in Relation zur Wahlbevölkerung¹⁶). Er bildet das „Kontrastprogramm“ zu Hessen-Süd.¹⁷

Andrea Ypsilanti gehörte zum linken südhessischen, Jürgen Walter zum rechten nordhessischen Flügel der hessischen SPD. Ihr Wettstreit um die Spitzenkandidatur zeigt, dass es in der hessischen SPD zwei starke Lager gibt, die miteinander um Ämter und Posten konkurrieren.

Vor der Landtagswahl 2008

Vor der Landtagswahl herrschte große Unsicherheit darüber, ob es der Linkspartei gelingen würde, erstmals in den Landtag eines westdeutschen Flächenlandes einzuziehen. Vor allem für die SPD war diese Frage virulent, da die Möglichkeit des Wahlerfolgs der Linkspartei die strategische Planung massiv prägen musste.

Die Sonntagsfragen für Hessen sahen 2007 die Linkspartei immer knapp über oder unter der Fünf-Prozent-Hürde.¹⁸ So begann früh eine Debatte über ein mögliches rot-grün-rotes Regierungsbündnis. Ausgelöst und verstärkt wurde diese Debatte auch durch das gute Abschneiden der Linkspartei bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen im Mai 2007. Mit 8,4 Prozent zog sie dort in die Bürgerschaft und damit auch erstmals in einen westdeutschen Landtag ein. Das Heraufbeschwören eines rot-roten-Szenarios durch CDU und FDP veranlasste Andrea Ypsilanti als Spitzenkandidatin der Hessen-SPD dazu, sich von solch einem Bündnis zu distanzieren.¹⁹ Ihre strategische Überlegung war, keine Partei links der SPD zuzulassen, damit es bei vier Parteien im Landtag bleibt und die Mehrheitsverhältnisse eine vergleichsweise einfache Regierungsbildung ermöglichen würde. In den folgenden Monaten bis zur Wahl wiederholte sie das kalkulierte „Nein“ zu einer Koalition mit der Linkspartei gebetsmühlenartig. Bei fast jeder Gelegenheit wurde Andrea Ypsilanti auf eine mögliche Koalition mit der Linkspartei angesprochen. Überall dementierte sie die Chancen für ein solches Bündnis - erstmalig am 16. Juni 2007 im hessischen Rundfunk: „Meine Aussage ist sehr eindeutig: Es gibt keine Koalition mit links.“²⁰ Die Begründungen waren stets die gleichen. Zum einen sagte sie, die SPD würde über ein starkes linkes Profil verfügen und zum anderen rechnete sie damit, dass die Linken nicht in den hessischen Landtag einziehen würden. Gestützt auf diese Argumentation und in Verbindung mit der Überzeugung, dass die Hessen einen Regierungswechsel haben wollten, gab sie sich sicher, dass es für ein rot-grünes Bündnis reichen würde.

Ein Resultat der klaren Abgrenzung gegenüber der Linkspartei war, dass es im Wahlkampf einen stark ausgeprägten Lagerwahlkampf zwischen Rot-Grün auf der einen und Schwarz-Gelb auf der anderen Seite gab.²¹ Diese Polarisierung führte im August 2007 dazu, dass die SPD eine zweite Koalitionsoption schon vor der Wahl ausschloss: „Es wird weder eine Koalition mit der Linkspartei geben, noch mit der CDU“, so SPD-Generalsekretär Norbert Schmitt.²² Eine große Koalition hatte Andrea Ypsilanti zuvor zwar als schlechte Lösung bezeichnet, sie formal jedoch nicht ausgeschlossen. Verstärkt wurde die ablehnende Haltung der SPD gegen ein solches Regierungsbündnis durch die Wahlkampfkampagne der hessischen CDU gegen jugendliche Gewalttäter mit ausländischem Pass. Diese startete Ministerpräsident Roland Koch, nachdem am 20. Dezember 2007 zwei jugendliche Männer in einer Münchener U-Bahn-Station einen Rentner beinahe zu Tode geprügelt hatten.²³ Diese Kampagne weckte bei der SPD Erinnerungen an Kochs Landtagswahlkampf 1999, als er mit einer Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft die letztlich entscheidenden Stimmen für seinen Wahlsieg gewinnen konnte.²⁴ Für die SPD wurden die Union und vor allem die Person Roland Koch als Koalitionspartner endgültig inakzeptabel.

Ein weiteres, vor allem den SPD-Wahlkampf dominierendes Thema, war die Personalie Hermann Scheer und die damit verbundene Debatte zur Energie- und Umweltpolitik. In ihrem „Zukunftsteam“ hatte Ypsilanti Scheer als Minister für Wirtschaft und Umwelt vorgesehen. Der SPD-Bundestagsabgeordnete wurde als „Solarpapst“²⁵ titulierte, der als Vorsitzender von Eurosolar seit Jahren für die Förderung der Solarenergie wirbt und ein europaweit anerkannter Experte für erneuerbare Energien ist. Für die Hessen-SPD erarbeitete Scheer das Landesenergieprogramm, das den Atomstrom von Biblis bis 2012 durch den Ausbau von Strom aus Wind und Sonne ersetzen sollte.²⁶ Scheer wurde zur Personifizierung von Ypsilantis Umweltpolitik.

Die Wahl Scheers war jedoch eine äußerst strittige Personalie in der SPD. Gerade der Wirtschaftsflügel der hessischen SPD um Jürgen Walter hatte seine Schwierigkeiten mit der Entscheidung. Bis zur Berufung Scheers galt Walter als aussichtsreichster Kandidat für das Wirtschaftsministerium.²⁷ So stieß das Energiekonzept von Scheer im Walter-Lager auf Skepsis. Es wurde gefeiert über den "professoralen Ton" Scheers, dessen Programm gar nicht umzusetzen sei, weil Bürger und Kommunalpolitiker sich in aller Regel heftig gegen den Bau zusätzlicher Windräder wehren.²⁸ Ypsilanti wusste, dass sie mit der Entscheidung für Scheer auf die Kernkompetenz von Jürgen Walter - Wirtschaftspolitik - in ihrem Zukunftsteam verzichtete. Für Walter sah Ypsilanti in ihrem Zukunftsteam den Posten des Innenministers vor. Dass sie ihn dafür nominiert hatte, wertete Walter zwar als Ausdruck der Geschlossenheit der hessischen SPD, allerdings wollte Ypsilanti eigentlich den Bürgermeister von Baunatal, Manfred Schaub, als Innenminister in ihr "Kompetenzteam" berufen.²⁹ Das unterkühlte Verhältnis zwischen Ypsilanti und Walter blieb.

Die Festlegung auf Hermann Scheer als Minister für Wirtschaft und Umwelt und sein energiepolitisches Konzept brachte Andrea Ypsilanti, wie zuvor schon erwähnt, nicht nur Lob, sondern auch Kritik aus der eigenen Partei ein. Sie hatte also auch in diesem Punkt nicht den ganzen

Landesverband hinter sich. Darüber hinaus schien eine Ressortverteilung dieses Zuschnitts außer Acht zu lassen, dass die Grünen in einer Koalition ein starkes Umweltministerium für sich beanspruchen würden.³⁰ Ein Konflikt mit den Grünen war somit quasi vorprogrammiert.

Ihren Höhepunkt fand die Debatte um die Energie- und Umweltpolitik kurz vor der Landtagswahl 2008. Bis zu diesem Zeitpunkt war der hessische Wahlkampf von landespolitischen Themen geprägt. Bundespolitische Themen spielten eine geringere Rolle – in Berlin regierten CDU und SPD gemeinsam in einer großen Koalition. Größere bundesweite Aufmerksamkeit entstand durch die Einmischung der Bundesebene in Person von Wolfgang Clement. In einer Kolumne für die Welt am Sonntag am 19. Januar 2008 riet der ehemalige „Superminister“ für Wirtschaft und Arbeit in Bezug auf die Energiepolitik indirekt von einer Wahl Ypsilantis ab. Clement schrieb:

„Man sieht, in einer Landtagswahl steckt natürlich mehr als politischer Klamauk. Deshalb wäge und wähle genau, wer Verantwortung für das Land zu vergeben hat, wem er sie anvertrauen kann – und wem nicht.“³¹

Die Aussage Clements führte zu einem Eklat innerhalb der SPD. Hermann Scheer, der designierte Wirtschafts- und Umweltminister, forderte genauso wie die Jusos den Parteiaustritt Clements. Der Fraktionschef der SPD im Bundestag, Peter Struck, verurteilte die Äußerungen Clements als „absolut unanständig“ und warf ihm vor, der eigenen Partei in einem Moment, in dem die SPD die große Chance habe, in Hessen die Landtagswahlen zu gewinnen, in den Rücken zu fallen. Es sei „eindeutig parteischädigend“, wie Clement sich verhalten habe, so Struck.³² Von Jürgen Walter war zu diesem Thema wenig zu hören. Allgemein hielt sich Walter im Wahlkampf merklich zurück.

Trotz aller internen Querelen, Unstimmigkeiten und Störfeuer von der Bundesebene wurde die Stimmung in der hessischen SPD immer besser, da die Umfrageergebnisse immer verheißungsvoller wurden. Lag die SPD Ende 2006 nach dem Nominierungsparteitag noch bei 27 Prozent, erreichte sie kurz vor der Wahl bis zu 39 Prozent in Umfragen.³³ Andrea Ypsilanti gelang es also, mit ihrem Kurs und ihrem Wahlkampf die Wähler für sich zu gewinnen. Sie schaffte es, eine Wechselstimmung zu erzeugen und zu vermitteln, dass ihr alternatives Angebot für Hessen attraktiv und wählbar war.

Die Landtagswahl 2008

Seinen Höhepunkt fand der Aufstieg von Andrea Ypsilanti im Wahlergebnis der hessischen Landtagswahl vom 27. Januar 2008. Die CDU verlor zwölf Prozentpunkte und kam nach ihrem historischen Erfolg bei der vorherigen Landtagswahl 2003 (48,8 Prozent) auf nunmehr 36,8 Prozent. Mit diesem Ergebnis blieb sie knapp vor der SPD, die ihre immer besseren Umfrageergebnisse bestätigen konnte und um 7,6 Prozent auf 36,7 Prozent zulegen konnte. Die Aufholjagd und der fast gleiche Stimmenanteil veranlasste Andrea Ypsilanti dazu, sich zur Siegerin zu erklären: „Wir haben die Wahl gewonnen! (...) Die Sozialdemokratie ist wieder da!“³⁴ Die CDU und Roland

Koch reklamierten den Sieg ebenfalls für sich, jedoch mit der Begründung, dass sie die Partei mit dem höchsten Stimmenanteil seien. Beide nahmen aufgrund ihrer Auslegung des Wahlergebnisses für sich in Anspruch, vom Bürger den Auftrag für die Regierungsbildung bekommen zu haben.³⁵

Der erstmalige Einzug der Linkspartei in ein westdeutsches Flächenland musste allerdings die Freude der gefühlten Wahlsieger trüben. Da aus einem Vier- ein Fünfparteiensystem wurde, bedeutete der Einzug, dass die Mehrheitsfindung massiv erschwert war. Der Journalist Richard Herzinger kommentierte dazu in der „Welt“:

„Die gefürchtete permanente Blockadesituation, die im neuen Fünfparteienuniversum droht, zwingt die Parteien, hektisch nach neuen möglichen Konstellationen zur Machtsicherung Ausschau zu halten.“³⁶

Die Wähler in Hessen hatten den Parteien ein denkwürdiges Ergebnis beschert, das sie dazu zwang, über neue Bündnisse nachzudenken, da auch eine Flucht in eine Große Koalition auf Dauer die Volksparteien SPD und CDU weiter schwächen würde.³⁷

Unter diesen Vorzeichen sollte sich die Regierungsbildung in Hessen als schwierig erweisen. Gute Ergebnisse für die FDP (9,4 Prozent) und die Grünen (7,5 Prozent) sowie der Einzug der Linken (5,1 Prozent) führten dazu, dass keines der anvisierten Bündnisse – weder schwarz-gelb noch rot-grün – eine Mehrheit hatte. Da CDU und SPD eine große Koalition ablehnten und die SPD ein Bündnis mit der Linkspartei ausschloss, kamen darüber hinaus Koalitionsoptionen in Frage („Jamaika“ und „Ampel“), die vorher nicht zur Debatte gestanden hatten oder ausgeschlossen wurden. CDU und SPD wollten zwar Gespräche miteinander führen – allerdings wurden die Erfolgsaussichten schon im Vorhinein als gering eingestuft. Dazu sagte Koch: „Eine Große Koalition ist mit diesem SPD-Programm fast nicht vorstellbar.“³⁸ Ypsilanti erteilte dem Bündnis eine noch deutlichere Absage: „Es gibt keine programmatischen Überschneidungen. Wenn Roland Koch weg wäre, bliebe das Programm der CDU trotzdem übrig. Die Programmatik passt nicht zusammen. Man kann keine Koalition bilden, in der beide Parteien komplett ihre Identität aufgeben müssen.“³⁹

Ungeachtet dieser Äußerungen war vor allem die Person Kochs das größte Hindernis einer großen Koalition. Am realistischsten galten zu diesem Zeitpunkt die so genannten Dreierbündnisse: „Jamaika“ (schwarz-gelb-grün) oder die „Ampel“ (rot-gelb-grün). Auch von Neuwahlen wurde früh gesprochen. Die Ampelkoalition war schon recht bald nach der Landtagswahl keine wirkliche Option mehr. Nach einem Sondierungsgespräch zwischen Andrea Ypsilanti und dem hessischen FDP-Vorsitzenden Jörg-Uwe Hahn schloss dieser eine solche Koalition mit der SPD kategorisch aus: „Ich habe für die hessische FDP deutlich gemacht, dass wir nicht für eine Ampelkoalition zur Verfügung stehen“.⁴⁰ Dabei hätte das Klima der Verhandlungen durchaus besser sein können. Am Tag nach der Wahl saßen Hahn und Ypsilanti im selben Flugzeug von Frankfurt nach Berlin. Doch Ypsilanti machte während des ganzen Fluges keinen Versuch, auf Hahn zuzu-

gehen und ihn auf eine mögliche Koalition anzusprechen. Sie versäumte eine Chance, im informellen Rahmen auszuloten, wie die Chancen für eine Ampelkoalition gestanden hätten - was deutlich macht, wie wenig Beachtung sie einer möglichen Ampel-Koalition beimaß. Hahn schlussfolgerte aus ihrem Verhalten, dass Ypsilanti eine Ampel-Koalition gar nicht wolle.⁴¹

Einen Monat später traf sie ihn abermals am Flughafen Berlin-Tegel. Dort überreichte sie ihm dann persönlich einen Brief, in dem sie die Gemeinsamkeiten mit der FDP auflistete. Hahn hatte sich zu diesem Zeitpunkt allerdings schon darauf festgelegt, keine Koalitionsverhandlungen über eine Ampel-Koalition zu führen.⁴²

Die Option einer Jamaika-Koalition wurde ähnlich schnell verworfen. Hier waren es die Grünen, die die Absage erteilten. Grünen-Landeschef Tarek Al-Wazir wies die Offerte der FDP als Ablenkungsmanöver zurück, da das Angebot an einen Katalog von Bedingungen geknüpft war. Seine Folgerung war, dass das Angebot nicht ernst gemeint ist.⁴³ Die Polarisierung zwischen SPD und Grünen auf der einen und CDU und FDP auf der anderen Seite wurde erkennbar in den Gesprächen über mögliche Regierungskonstellationen. So wollten die Grünen dem Wahlverlierer CDU nicht zu einer Mehrheit verhelfen, mit der Begründung, dass bis vor wenigen Tagen zuvor auf CDU-Plakaten noch der Slogan „Ypsilanti, al-Wazir und die Kommunisten stoppen!“ prangte, was nicht zu einer ernstgemeinten Gesprächseinladung passen würde.⁴⁴

Damit waren alle realisierbaren und vorher nicht ausgeschlossenen Optionen auf dem Koalitionsmarkt ausgeschöpft. Für die SPD und Andrea Ypsilanti bedeuteten diese Entwicklungen, dass sie wohl eines ihrer Wahlversprechen brechen musste – mit Roland Koch und der CDU oder der Linkspartei zu koalieren – um Regierungsverantwortung zu übernehmen. Vor der Wahl waren ein Linksbündnis und die große Koalition ausgeschlossen worden, nach der Wahl folgten die Absagen an etwaige Dreierbündnisse - was die Wahrscheinlichkeit von Neuwahlen steigen ließ. Allerdings hielten alle Parteien diese Option für eine denkbar schlechte Alternative. Roland Koch meinte dazu am 18. Februar: „Wir können dem Wähler nicht sagen: Wählt solange, bis es uns Politikern gefällt. Aus heutiger Sicht sind Neuwahlen undenkbar“.⁴⁵ Der damalige Generalsekretär der Bundes-SPD, Hubertus Heil, äußerte schon einen Tag nach den Landtagswahlen: „Ich glaube nicht, dass man die Wählerinnen und Wähler so oft an die Urne bitten darf, bis es irgendeiner Partei schmeckt. Darum geht es nicht.“⁴⁶

Der Wortbruch

Drei Wochen nach der Wahl kam Bewegung in die verfahrenene Situation. Am 20. Februar 2008 wurde von zahlreichen Quellen gemeldet, dass die SPD-Führung nun doch anstrebe, Andrea Ypsilanti mit den Stimmen der Linkspartei auf der konstituierenden Sitzung des hessischen Landtags, welche für den 5. April angesetzt war, zur Ministerpräsidentin wählen zu lassen.

Die Linkspartei erschien der SPD-Führung bis dato aus verschiedenen Gründen als nicht regierungsfähig. Kurt Beck sagte klar: „Wir sind nicht gewillt, mit einer Partei zu koalieren, die unzu-

verlässig ist“, die Linkspartei habe zudem kein vernünftiges Programm. Für Andrea Nahles waren inhaltlichen Differenzen etwa bei Hartz IV und beim Flughafenausbau sowie die personelle Instabilität der Linkspartei ausschlaggebend.⁴⁷ Der regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, äußerte sich in der „Süddeutschen Zeitung“ ähnlich. Dort sagte er: „Die Linkspartei in Hessen ist nicht regierungsfähig. Das gilt auch für Niedersachsen und Bremen, für den Westen insgesamt.“⁴⁸ Sie sei seiner Auffassung nach dort ein Zusammenschluss von unzufriedenen Ex-SPDlern, Gewerkschaftern und früheren DKP-Mitgliedern, die weder Partei- noch Regierungserfahrung hätten.⁴⁹ Peter Struck lehnte ein Bündnis mit der Linkspartei ebenfalls ab, mit der Begründung, dass sich die SPD nicht in die Abhängigkeit zu einem unzuverlässigen Partner begeben dürfe.⁵⁰

Der Auslöser für den Sinneswandel, das Tolerierungsmodell doch zu wagen, war, dass es keine realistische Chance für die SPD gab, eine andere, favorisierte Koalition zu erreichen. Eine Tolerierung sollte unterhalb der Schwelle einer Koalition mit der Linkspartei bleiben: Ein Tolerierungsmodell unterscheidet sich von einer klassischen Regierungskoalition. Bei einem Tolerierungsmodell fehlt das zentrale Element einer gemeinsamen Regierungsbildung.

Das Kalkül, welches hinter dem Tolerierungsmodell steckte, war, dass Andrea Ypsilanti als Ministerpräsidentin Neuwahlen nach einigen Monaten hätte ausrufen können. Weitergehende Überlegungen waren, dass man in einer Minderheitsregierung eine klar erkennbare, sozialdemokratische Politik machen und deutlich zeigen könne, wofür die SPD und die Ministerpräsidentin Ypsilanti stehen. Dabei könne sie Entscheidungen, beispielsweise im Bürgerrechtsbereich, treffen, die insbesondere die FDP schwer ablehnen könnte. In der SPD-Führung hatte man damit gerechnet, dass Neuwahlen aus dem Ministerpräsidentenamt leichter zu führen seien, hieß es darüber hinaus aus Parteikreisen. Absprachen mit der Linkspartei sollte es trotzdem in keinem Fall geben. Es sei jedoch auch nicht zu vermitteln, wenn man auf SPD-Seite darauf verzichte, die Spitzenkandidatin zur Wahl zu stellen.⁵¹

Damit entschied sich die SPD für eine Regierungsoption, die sie seit Monaten kategorisch ausgeschlossen hatte. Laut Zeitungsberichten fand diese Entscheidung auch die Zustimmung von SPD-Chef Kurt Beck. „Dann machen wir's halt so“, war die angebliche Aussage Becks am Montagabend des 18. Februars bei einem Hintergrundgespräch mit Journalisten im Beisein des SPD-Spitzenkandidaten für die Wahl zur Hamburger Bürgerschaft Michael Nauman.⁵² Diese Aussage Becks führte zu heftigen Reaktionen und ließen ihn parteiintern stark unter Druck geraten.⁵³ Viele sahen es als erwiesen an, dass er mit dieser Aussage seiner Partei herben Schaden zufügte. Vor allem die Belastungen für den anstehenden Wahlkampfendspurt in Hamburg waren enorm. Der SPD-Spitzenkandidat für Hamburg, Michael Naumann, fühlte sich daraufhin dazu veranlasst, beim Leben seiner Kinder zu schwören, dass es zu keinem Geheimtreffen zwischen ihm, Beck und Ypsilanti gekommen sei, um über eine mögliche Zusammenarbeit mit der Linkspartei zu sprechen.⁵⁴ Kritik an der Aussage Becks kam aber nicht nur vom rechten Flügel der Partei. Auch die Parteilinke war entsetzt darüber, dass diese Debatte kurz vor der Wahl in Hamburg aufkeim-

te. Von „unfassbar“ bis „bescheuert“ reichten die Kommentare hinter vorgehaltener Hand.⁵⁵ Die Journalistin Regine Zylka brachte es in der „Berliner Zeitung“ treffend auf den Punkt:

„Natürlich wird diese Option parteiintern schon seit dem Wahlabend immer mal wieder diskutiert. Das ist normal im politischen Geschäft, vor allem wenn die Lage so verfahren ist wie in Hessen. Wenn jedoch der Parteichef selbst – und dann auch noch in Anwesenheit von Journalisten – darüber redet, bekommen Spekulationen schnell den Charakter von Tatsachen. Als gehe es um konkrete Pläne oder zumindest taktische Machtspiele.“⁵⁶

Nachdem die Nachricht eines Tolerierungsmodells die Runde gemacht hatte, wurde diese Aussage umgehend entschieden dementiert, unter anderem von SPD-Generalsekretär Hubertus Heil. Dieser sagte in einem Interview für „Spiegel Online“: „Es wird keine Koalition mit der Linkspartei geben.“ Auch die Duldung einer rot-grünen Minderheitsregierung durch die Linke sei in Hessen nicht vorstellbar: „Die Linkspartei ist weder in Hessen noch in Hamburg regierungsfähig.“⁵⁷ SPD-Vize Peer Steinbrück erklärte, dass er keinen Zweifel daran hege, dass das, was Kurt Beck und Andrea Ypsilanti vor der Wahl gesagt hatten, auch nach der Wahl gelte. Sollte das jemand in Zweifel ziehen, so Steinbrück, spiele er mit der Glaubwürdigkeit der gesamten SPD.⁵⁸ Auch Kurt Beck widerrief seine Aussage. So meinte er am 21. Februar in München, dass es keinerlei Absprachen oder Vereinbarungen irgendwelcher Art, auch nicht über ein Tolerierungsmodell, mit der Linken geben werde.

Das Präsidium der SPD veröffentlichte gleichwohl am 25. Februar, einige Tage nach Becks Äußerungen, ein Positionspapier, das es Andrea Ypsilanti möglich machte, sich mit den Stimmen der Linkspartei wählen zu lassen. Und dies genau einen Tag nach der Wahl in Hamburg, die für die SPD nicht erfolgreich verlaufen war, was nach Auffassung ihrer Spitzenkandidaten Michael Nauman auch an den Äußerungen Kurt Becks lag, die er als „Geisterfahrt“ bezeichnete.⁵⁹ In dem Papier wurde der hessischen SPD bei der Ministerpräsidentenwahl im April freie Hand gewährt und es wurden inhaltliche Grundlagen beschrieben, auf deren Basis Koalitionsgespräche in Wiesbaden mit allen Parteien mit Ausnahme der Linken geführt werden sollen. Damit hat das Präsidium Becks Haltung zur Linken abgesegnet.⁶⁰ Trotzdem war nicht zu übersehen, dass sich Kurt Beck im Bezug auf die Linkspartei nicht eindeutig festlegte.

Das Ergebnis war insofern bemerkenswert, da sich einige Stimmen aus der SPD in den Tagen zuvor kritisch zu Becks Haltung, was den Kurs gegenüber der Linkspartei in Hessen anging, geäußert hatten. So hatten sich unter anderem die beiden Stellvertreter Becks, Finanzminister Peer Steinbrück und Außenminister Frank-Walter Steinmeier, von der Aussage Becks distanziert. Die Dementis über eine irgendwie geartete Zusammenarbeit mit der Linkspartei kamen allesamt von der Bundespartei. Andrea Ypsilanti dementierte dagegen lediglich, dass in den Gremien der hessischen SPD über die Frage einer Wahl mit Hilfe der Linken diskutiert worden sei. Teilnehmer der Sitzung verrieten allerdings, dass die Wahloption sehr wohl diskutiert worden war.

Gut zehn Tage nach dem Bekanntwerden der innerparteilichen Diskussionen erklärte Ypsilanti schließlich, dass sie sich nun doch mit den Stimmen der Linken zur Ministerpräsidentin wählen lassen wollte. Am 4. März lud sie zu einer Pressekonferenz, auf der sie sagte: „Es wird vielleicht so ausgehen, dass ich ein Versprechen nicht halten kann, nämlich nicht mit den Linken zu sprechen und mich nicht von den Linken wählen zu lassen.“⁶¹

Angekündigt hatte Ypsilanti ihren Sinneswandel schon am Abend zuvor in der ARD-Sendung „Beckmann“ am 3. März 2008. „Man muss irgendwie an irgendeiner Stelle sagen: Dieses Versprechen kann ich nicht halten. Das wäge ich zurzeit ab“, so ihre Formulierung zu einer Kooperation mit der Linkspartei. Mitgetragen wurde diese Entscheidung vom hessischen SPD-Landesvorstand, der sich dafür aussprach, Koalitionsverhandlungen mit den Grünen aufzunehmen. Ypsilanti war sich ihrer Sache zu dem Zeitpunkt sehr sicher und ging davon aus, dass die Fraktion geschlossen hinter ihr stehen würde. Ihre Formulierung dazu war: „Ich kann niemanden in den Kopf gucken, wie er im Endeffekt wählt. Aber ich kann Ihnen versichern, dass meine Fraktion, die 42, die dann stimmen müssen, jede Entscheidung mittragen.“⁶²

Der Schwenk löste eine Welle der Empörung aus. Die CDU sprach von „Wortbruch“. Aber auch in der SPD traf die Entscheidung auf Unverständnis. So wandte sich der Sprecher des konservativen „Seeheimer Kreises“, Klaas Hübner, erneut gegen eine rot-rote Zusammenarbeit in Hessen. Er bezeichnete sie als Fehler mit dem die SPD ihre Glaubwürdigkeit gefährden würde.⁶³ Auch Jürgen Walter äußerte sich in der „Süddeutschen Zeitung“ kritisch zu diesem Vorhaben:

„Ich habe deutlich gemacht, dass ich diesen Weg für gefährlich halte und dass es mir lieber gewesen wäre, einen anderen Weg zu gehen. Man muss auch festhalten, dass der Bundesvorsitzende Kurt Beck jede Glaubwürdigkeit bei der Frage verloren hat, ob er sich mit den Stimmen der Linkspartei zum Bundeskanzler wählen lässt. Nicht einmal ich würde es ihm abnehmen, wenn er das jetzt noch verneint.“⁶⁴

Walter erweckte zwar den Anschein sich zu fügen, indem er Bezug auf den eindeutigen Mehrheitsbeschluss des Parteirates nahm, welcher sich für eine Öffnung zur Linkspartei ausgesprochen hatte.⁶⁵ Andrea Ypsilanti musste sich gleichwohl auf Widerstand gefasst machen. Zu knapp waren die Mehrheiten, als dass sie sich sonderlich viele Abweichler leisten konnte. Die Aussagen von Walter, der den rechten Flügel der hessischen SPD repräsentierte, machten deutlich, dass es erhebliche Widerstände aus den eigenen Reihen geben könnte.

Parteiinterner Widerstand

Zum Gesicht der Uneinigkeit der Hessen-SPD wurde in den darauffolgenden Tagen die Darmstädter Landtagsabgeordnete Dagmar Metzger. Metzger wurde bei der Landtagswahl am 27. Januar für den Wahlkreis Darmstadt Stadt II erstmals in den hessischen Landtag gewählt. In der hessischen SPD war ihr Name jedoch bestens bekannt. Die Familie ihres Ehemannes bestimmte über Jahrzehnte die Politik in Darmstadt und Hessen. Über Jahre stellten die Metzgers den Bürgermeister in Darmstadt. Die Metzgers waren konservativ-christlich geprägte Sozialde-

mokraten. Dagmar Metzgers Schwiegervater war Mitbegründer des Seeheimer Kreises, einer Gruppe, in der sich die konservativen Sozialdemokraten zusammenschlossen.⁶⁶ Geboren und aufgewachsen ist sie in West-Berlin. Ihre Sozialisation und ihre Herkunft begründen ein durchweg ablehnendes Verhältnis zur Linkspartei – Metzger hatte vehement im Wahlkampf betont, dass es keine Zusammenarbeit mit der Linkspartei geben würde.

Am 7. März 2008 berichtete die „Süddeutsche Zeitung“, dass sich eine Landtagsabgeordnete weigere, Andrea Ypsilanti zur Ministerpräsidentin zu wählen, wenn sich diese der Unterstützung der Linkspartei bedienen würde. SPD-Kreisen zufolge gab Dagmar Metzger an, es nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren zu können, entgegen der Versprechungen im Wahlkampf mit den Linken zusammenzuarbeiten. Schon eineinhalb Wochen zuvor wollte Metzger in der Sitzung der Landtagsfraktion das Gespräch mit Ypsilanti suchen, um ihr ihre Sicht der Dinge zu erläutern. Sie ließ sich allerdings aufgrund der dadurch entstehenden Brisanz einer solchen Situation von anderen Abgeordneten davon abbringen. In der letzten Fraktionssitzung, in der Ypsilanti fragte, ob jemand den Weg nicht mitgehen könne, war Metzger nicht anwesend, da sie sich im Urlaub befand.⁶⁷

Die Entscheidung Dagmar Metzgers, Andrea Ypsilanti nicht zur Regierungschefin wählen zu wollen, war aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im hessischen Landtag von Bedeutung. Ohne die Stimme von Dagmar Metzger hatten SPD, Grüne und Linkspartei nur noch eine Stimme Vorsprung für die geplante Wahl Ypsilantis zur Regierungschefin. Die absolute Mehrheit im Landtag mit seinen 110 Sitzen lag bei 56 Stimmen. Rot-Grün und die Linkspartei verfügten über 57 Stimmen. Es bedurfte also nur noch eines „Abweichlers“ um die Wahl Ypsilantis scheitern zu lassen. Da neben der Absage Metzgers ein weiterer SPD-Abgeordneter zu der Zeit schwer krank war und seine Teilnahme an der konstituierenden Sitzung am 5. April 2008 mehr als unwahrscheinlich war, war die Mehrheit für Ypsilanti nicht mehr stabil.⁶⁸

Ein solches Szenario hätte verheerende Folgen für die SPD gehabt. Man erinnerte sich an die gescheiterte Wahl Heide Simonis im März 2005 zur Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein. Damals scheiterte ihre Wahl an einer fehlenden Stimme aus der verabredeten Koalition von SPD, Grünen und Südschleswigschen Wählerverband.

Am 7. März trafen sich Ypsilanti und Metzger zu einem klärenden Gespräch, an dessen Ende Dagmar Metzger folgende Stellungnahme veröffentlichte:

„Es war ein sachliches Gespräch, aber es hat mich in dem, was ich entschieden habe, nicht dazu bewogen, in irgendeiner Art und Weise meine Entscheidung zurückzuziehen. (...) Ich habe mir das gründlich überlegt, und es gibt keine inhaltlichen Argumente, die mich überzeugen können. (...) Ich bleibe aus Gewissensgründen bei meiner Entscheidung.“⁶⁹

Die Konsequenz des „Ausscherens“ von Dagmar Metzger war, dass Andrea Ypsilanti am 7. März vor der Presse erklärte, dass sie sich am 5. April nicht zur Ministerpräsidentin wählen lassen

wolle und dass die Koalitionsverhandlungen fürs erste nicht aufgenommen würden. Die Reaktionen auf ihre Entscheidung fielen sehr unterschiedlich aus. Der konservative Seeheimer Kreis in der SPD begrüßte die Entscheidung und zollte ihr Respekt. Die Sozialdemokraten müssten nach dem Scheitern ihrer rot-grünen Pläne nun die „Reset-Taste drücken“ und „ernsthafte Gespräche mit der FDP und notfalls auch mit der CDU“ führen, so der Seeheimer-Sprecher Klaas Hübner.⁷⁰ Auch der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag Peter Struck äußerte sich ähnlich. Es sei wichtig nach seinem Gewissen zu entscheiden.⁷¹

Die Kritik an Metzgers Haltung fiel indes heftig aus. So wurde ihr Verhalten aus Kreisen der hessischen SPD dahingehend bewertet, dass ihre Entscheidung die Handlungsfähigkeit von Fraktion und Partei zutiefst gefährde. Außerdem wurde ihr verübelt, dass sie an der entscheidenden Fraktionssitzung am 4. März, auf der über das Vorgehen im Bezug auf die Linkspartei beraten wurde, nicht anwesend war, da sie im Skiurlaub weilte und auch ihre Entscheidung, im Gegenteil zu vier anderen Abgeordneten, nicht schriftlich hinterlassen habe. Deutlich wurde auch, dass mehrere Abgeordnete der Landtagsfraktion frühzeitig von den Bedenken Metzgers gegen Ypsilanti gewusst hatten, die Information aber nicht weitergegeben hatten. Ein Redner sprach von einer „Sauerei“, man habe die Vorsitzende „ins offene Messer“ laufen lassen. Ein langjähriger führender Sozialdemokrat sprach am Rande der Sitzung von „einem Stück Niedertracht“ und einer „verdeckten und verschmutzten“ Auseinandersetzung.⁷² Dieser Vorwurf bezog sich vor allem auf Jürgen Walter. In etlichen Interviews hatte er in den vergangenen Tagen harten Worten den Linksschwenk der hessischen SPD und dabei vor allem des Parteivorsitzenden Kurt Beck angegriffen.⁷³

Unter diesen Umständen wurde angenommen, dass Walter von Metzgers Entscheidung gewusst hatte, da er als der größte Widersacher von Andrea Ypsilanti in der SPD galt und es hinlänglich bekannt war, dass er ähnliche Ansichten wie Dagmar Metzger vertritt. Dass Metzger nicht die einzige war, die Bedenken gegen ein solches Bündnis hatte, machte ihre Enttäuschung darüber deutlich, dass sie keinerlei Unterstützung erfahren habe. Die Frage, warum andere geschwiegen haben, konnte sie nicht beantworten. Sie sagte nur, dass dies jeder Einzelne für sich entscheiden müsse.⁷⁴

Die Ambitionen der SPD in Hessen und die von Andrea Ypsilanti hatten durch diese Entwicklungen einen massiven Rückschlag erfahren, nachdem das gute Wahlergebnis im Januar die Hoffnungen gesteigert hatte, die Regierungsverantwortung in Hessen zu übernehmen. Die innerparteiliche Kritik, die vor allem durch Dagmar Metzger verkörpert wurde, zwang die SPD dazu, ihre Pläne, eine Regierung zu bilden und Andrea Ypsilanti zur Ministerpräsidentin zu wählen, erst einmal auf Eis zu legen. Die Entwicklungen rund um den Monatswechsel Februar - März ließen das Projekt einer möglichen Tolerierung immer mehr zu einem Thema von Andrea Ypsilanti und ihres Beraterkreises, nicht aber der hessischen SPD werden. Es wirkte immer mehr wie ein Projekt der angehenden Ministerpräsidentin und nicht ihrer Partei.

Dass es sich jedoch nicht um den letzten Versuch einer Regierungsbildung handeln sollte, bekräftigte Ypsilanti auf einem Parteitag der hessischen SPD Ende März. Dort sagte sie, dass sie sich vorbehalte, „zu gegebener Zeit“ einen neuen Anlauf für eine rot-grüne Minderheitsregierung zu starten. Der Parteitag befürwortete diesen Kurs mit großer Mehrheit. Sie konnte also annehmen, dass die SPD mehrheitlich hinter ihrem Vorhaben stand, sich von der Linkspartei tolerieren zu lassen.

Der Parteivorsitzende Kurt Beck begrüßte die Entscheidung Ypsilantis, sich am 5. April bei der konstituierenden Sitzung des hessischen Landtags nicht zur Wahl zu stellen. Mit Bezug auf das Debakel in Schleswig-Holstein und der gescheiterten Wahl von Heide Simonis meinte er: „Die SPD wird nicht zweimal mit dem gleichen Kopf gegen die gleiche Wand laufen.“⁷⁵ Viele bemängelten zu dieser Zeit trotzdem, dass der Parteivorsitzende sich nicht aktiver – weder medial noch persönlich – in die Debatte einmischte. Der Umstand, dass Kurt Beck in diesen entscheidenden Wochen persönlich nicht präsent war, lag daran, dass er mit einer Grippe das Krankbett hütete. Er konnte somit kaum Einfluss nehmen auf die Entscheidungen in Hessen, die Ankündigung Dagmar Metzgers Andrea Ypsilanti nicht zur Regierungschefin zu wählen und die damit verbundene Absage an die Koalitionsgespräche mit den Grünen. Das Krisenmanagement Beck's stieß zu dieser Zeit auf vielseitige Kritik, was SPD-Generalsekretär Hubertus Heil dazu veranlasste, seinem Vorsitzenden den Rücken zu stärken, indem er anmerkte, dass Beck „nicht beschädigt“ sei.⁷⁶ Insgesamt lässt sich festhalten, dass Kurt Beck über diese Monate hinweg unglücklich agierte. Er geriet in einen Strudel von Fragen, die über die SPD hinein brachen, auf der einen Seite die Debatte zur Linkspartei und einer möglichen Öffnung zu ihr und auf der anderen Seite die Debatte um eine mögliche Kanzlerkandidatur. Die Schwäche der SPD war verzahnt mit dem un stetigen Auftreten ihres Vorsitzenden in der Frage der Koalitionsbildung in Hessen.

Auf der konstituierenden Sitzung des hessischen Landtags am 5. April kam es dann, wie erwartet, zu keiner Wahl des Ministerpräsidenten, mit der Folge, dass die Regierung Koch geschäftsführend im Amt blieb. Damit stellte sich eine Situation ein, die bundesweit unter dem Begriff der „hessischen Verhältnisse“ bekannt ist. Die hessische Landesverfassung erlaubt in Artikel 113 Absatz 3, dass eine Regierung so lange geschäftsführend im Amt bleiben kann, bis das Parlament eine neue Landesregierung gewählt hat.⁷⁷

Der zweite Anlauf

Nach der parlamentarischen Sommerpause wagte Andrea Ypsilanti einen zweiten Anlauf zur Bildung einer rot-grünen Minderheitsregierung unter Tolerierung der Linkspartei. Dass erstmals fünf Parteien im hessischen Landtag vertreten waren, zwang die SPD dazu, ihre Wunschkoalition mit den Grünen aufgrund fehlender Mehrheiten aufzugeben und die Herausforderung anzunehmen, eine andere Koalitionen anzustreben, da auch die zweite Option – eine Ampelkoalition mit der FDP einzugehen – aufgrund des Widerstandes der FDP nicht realisiert werden konnte. In einem Beschluss des SPD-Landesvorstands vom 13. August 2008 heißt es dazu:

„Die hessische SPD steht vor der Herausforderung (...), sich entweder auf eine Große Koalition einzulassen oder eine Koalition mit den Grünen anzustreben, die durch die Linkspartei toleriert wird. Kommt es zu keiner dieser Konstellationen und auch nicht zu einer Jamaika-Koalition, werden Neuwahlen früher oder später notwendig werden. (...) Die SPD muss deshalb in den kommenden Wochen klären und dann eine Entscheidung treffen, welchen Weg sie für unser Bundesland zur Bildung einer neuen Regierung für den richtigen hält.“⁷⁸

So wird auch eine große Koalition in dem Beschluss des Landesvorstands nicht ausgeschlossen, womit die SPD sich zu zwei Bündnissen bereit erklärte, die sie vor einem Jahr noch strikt abgelehnt hatte. Nichtsdestotrotz zeigen die darauffolgenden Meldungen der Hessen-SPD, dass eine Regierung mit der CDU und Ministerpräsident Roland Koch nicht gewünscht wurde. Besonders der Politikwechsel stand im Vordergrund. Dieser war nach Meinung des Großteils der SPD nur ohne die Person Roland Koch zu realisieren. Der Verzicht Kochs auf das Ministerpräsidentenamt wurde in diesem Zusammenhang als Mindestbedingung formuliert.⁷⁹ Die Verantwortung für einen Politikwechsel sah die SPD auch bei den Grünen und der Linkspartei. Deutlich wurde dies in den Äußerungen des Generalsekretärs der hessischen SPD, Norbert Schmitt. So spricht er in Bezug auf die Linkspartei von Signalen der Mitverantwortung, den Regierungswechsel in Hessen mit herbeizuführen.⁸⁰ Auch ein Brief von sechs Unterbezirksvorsitzenden, unter ihnen Carmen Everts und Thorsten Schäfer-Gümbel, verstärkt diese Annahme. In ihm fordern sie bei der Diskussion um die Regierungsbildung, insbesondere von CDU und FDP, mehr demokratische Verantwortungsbereitschaft und Sachlichkeit statt der inzwischen ritualisierten Aufregung und wiederholten Diffamierungsversuche.⁸¹ Die Stoßrichtung wurde somit immer klarer. Die Diskussion sollte vor allem eine mögliche Zusammenarbeit mit der Linkspartei vorbereiten. Andrea Ypsilanti versuchte so, argumentativ ihrem Dilemma, keine regierungsfähige Mehrheit zu besitzen, zu entkommen.

Doch die Skepsis gegenüber der Linkspartei bleibt, unter anderem bei Dagmar Metzger: „Um es klar zu sagen: Eine Bündnisfähigkeit der Linken in Hessen sehe ich in dieser Wahlperiode nicht. Gegen Gespräche mit dieser Partei spricht nichts, aber eine gemeinsame Regierungsbildung halte ich noch auf Jahre für problematisch und lehne sie weiterhin ab.“⁸²

Um sich für den zweiten Anlauf zur Regierungsbildung eine breite Rückendeckung bei der SPD-Basis zu verschaffen, beschloss der Landesvorstand am 3. September 2008 einstimmig, eine Regierungsbildung mit den Grünen, toleriert von der Linkspartei, auf vier Regionalkonferenzen absegnen zu lassen. Dazu heißt es bei der SPD:

„Die Diskussionsergebnisse der Regionalkonferenzen und der Bericht des Landesvorstandes werden in den Leitantrag des außerordentlichen Parteitags am 4. Oktober einfließen. Der geschäftsführende Landesvorstand wird eine Bewertung der Position der Linkspartei ebenfalls bis zu diesem Zeitpunkt vorzunehmen. Der Parteitag wird entscheiden, ob und mit wem die hessische SPD Verhandlungen über eine Regierungsbildung aufnimmt.“⁸³

Auf diesen Regionalkonferenzen, die vom 4. bis 18. September 2008 stattfanden, erfuhr Andrea Ypsilanti große Unterstützung für ihren Kurs. Nach der ersten Konferenz meinte Ypsilanti: „Keiner hat gesagt, wir gehen den Weg jetzt nicht mit“ und „Es gibt eine große Unterstützung, jetzt den Weg in eine Minderheitenregierung zu wagen“. Der Vorsitzende des SPD-Bezirks Hessen Süd, Gernot Grumbach, sagte, Ypsilanti könne nun mit Rückenwind in die anderen drei Regionalkonferenzen gehen.⁸⁴ Nach der zweiten Regionalkonferenz, die in Nordhessen stattfand, sagte Ypsilanti: „Ich kann nach diesem Abend von 95 Prozent ausgehen. (...) Es gibt so viele positive Rückmeldungen und so wenige kritische Stimmen, dass wir es unbedingt versuchen sollten.“⁸⁵ Bei der dritten Regionalkonferenz in Mittelhessen war die Botschaft an Ypsilanti „Macht es“, wie es SPD-Sprecher Frank Steibli ausdrückte.⁸⁶ Auch auf der letzten Regionalkonferenz in Südhessen war ein ähnliches Bild zu verzeichnen. Die Unterstützung für den Kurs von Andrea Ypsilanti überwog auch hier. Die Kritik, die auf der Regionalkonferenz geäußert wurde, richtete sich vor allem gegen die Linkspartei und die Sorge von fehlender Verlässlichkeit. Nach Steiblis Angaben habe sich jedoch kein weiterer Landtagsabgeordneter der Position Metzgers angeschlossen.⁸⁷

Dass die SPD unter Kurt Beck trotz aller Dementis eine Öffnung hin zur Linkspartei auf Länderebene der SPD vor Ort überließ, bestätigte sich im August 2008. Für ihren zweiten Anlauf zur Bildung einer Minderheitsregierung mit den Grünen in Hessen bekam Andrea Ypsilanti freie Hand vom Parteivorsitzenden. Am 11. August erklärte Beck im Bezug auf eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei: „Das ist zunächst erstmal eine Entscheidung der hessischen Freundinnen und Freunde“.⁸⁸ Dies geht zurück auf eine Entscheidung des SPD-Präsidiums und -Vorstands vom 25. Februar, indem es den SPD-Landesverbänden überlassen wird, mit wem sie künftig koalieren möchten.⁸⁹ Diese Aussage Becks nahm Ypsilanti zum Anlass, den zweiten Anlauf für die Bildung einer rot-grünen Minderheitsregierung unter Tolerierung der Linken zu starten.

In die Zeit der vier Regionalkonferenzen fiel auch der Rücktritt Becks vom Parteivorsitz. Die SPD hatte in Berlin infolgedessen viel mit der Aufarbeitung der eigenen Krise zu tun. Die Wahl Franz Münteferings zum neuen Parteivorsitzenden und die Kür Frank-Walter Steinmeiers zum Kanzlerkandidaten, die noch von Beck in die Wege geleitet wurde, beschäftigte die Genossen in Berlin intensiv, so dass der Meinungsbildungsprozess in der hessischen SPD über ein Regierungsbündnis weniger intensiv verfolgt wurde. Aber auch die neue Spitze in Berlin blieb bei der Sprachregelung, dass die Landesverbände eigenständig entscheiden sollten, mit wem sie ein Regierungsbündnis eingehen wollten.

Am Ende der vier Regionalkonferenzen, die vom 4. bis 18. September in Bensheim (Regionalkonferenz Süd), Alsfeld (Regionalkonferenz Mitte), Melsungen (Regionalkonferenz Nord) und Frankfurt am Main (Regionalkonferenz Rhein-Main) stattfanden, stand ein klares Votum für den Vorschlag des Parteivorstandes, eine Minderheitsregierung mit den Grünen zu bilden und sich von der Linkspartei tolerieren zu lassen. Die Erfolgsaussichten für das Projekt stiegen weiter an, nachdem Ende September die Landtagsfraktionen von SPD, Grünen und Linkspartei bei Probeabstimmungen die erforderliche Mehrheit für eine Wahl Ypsilantis zur Ministerpräsidentin er-

reichten.⁹⁰ Ypsilanti ging aufgrund dieser für sie positiven Nachrichten davon aus, dass ihr Projekt gute Aussichten auf Erfolg hatte. Auf dem außerordentlichen Landesparteitag am 4. Oktober beschloss die SPD mit über 98 Prozent (325 Ja-Stimmen, sieben Nein-Stimmen und drei Enthaltungen), Koalitionsverhandlungen mit den Grünen aufzunehmen.

Mit der Linkspartei traf sich die Führung der hessischen SPD das erste Mal am 9. September zu Sondierungsgesprächen über eine Tolerierung einer möglichen rot-grünen Minderheitsregierung. Bei den Gesprächen ging es unter anderem um ein Eckpunktepapier, das der SPD-Landesvorstand eine Woche zuvor in Frankfurt verabschiedet hatte, sowie um den Zeitplan für die folgenden Wochen und das notwendige Prozedere.⁹¹ Grüne und Linkspartei trafen sich im Anschluss ebenfalls, allerdings nicht zum ersten Mal, was das ruhige Medienecho erklärte.⁹² Vor dem Beginn der Koalitionsverhandlungen von SPD und Grünen am 7. Oktober legte der Parteirat der Linkspartei ein Eckpunktepapier vor, indem die Erwartungen an das Regierungsbündnis benannt wurden. Darin wurden Wünsche und Erwartungen der Parteiführung aufgelistet, aber keine harten Bedingungen für die Tolerierung der rot-grünen Minderheitsregierung gestellt.⁹³ Das Papier sollte dann Mitgliedern zur Urabstimmung vorgelegt werden, bevor eine Duldung zustande kam.⁹⁴ Die Landesvorsitzenden von SPD und Grünen lobten zu Beginn der Koalitionsverhandlungen ausdrücklich das Eckpunktepapier, das der linke Parteirat am Vorabend beschlossen hatte.⁹⁵

Am 24. Oktober 2008 einigten sich SPD und Grüne auf einen Koalitionsvertrag. Die hessische Linkspartei votierte in ihrem Mitgliederentscheid mit über 90 Prozent für das Tolerierungsmodell und die hessische SPD billigte den Koalitionsvertrag auf einem außerordentlichen Parteitag am 1. November. Einen Tag später stimmten auch die Grünen dem Koalitionsvertrag zu. Massive Kritik am Vertragswerk äußerte allerdings der stellvertretende Parteivorsitzende Jürgen Walter nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen. Walter erneuerte vor den Delegierten seine Kritik am Vertragswerk mit dem Grünen. Ihm bereitete vor allem die geplante Wirtschaftspolitik Unbehagen, weswegen er gegen den Koalitionsvertrag stimmte. Er monierte vor allem den Zuschnitt des ihm angetragenen Ministeriums für Verkehr und Europa, den er für grundfalsch halte, weswegen er auf dieses Amt in der geplanten rot-grünen Landesregierung zu verzichten gedachte. Er begründete seine Entscheidung damit, dass seiner Meinung nach Landes- und Straßenplanung nicht voneinander getrennt werden dürfen, da zwischen beiden ein enormer Abstimmungsbedarf bestünde.⁹⁶ Nach Walters Einschätzung bedeutete der Koalitionsvertrag faktisch den Verzicht auf den Ausbau des Flughafens Kassel-Calden, sowie eine auf unabsehbare Zeit verschobene Erweiterung des Frankfurter Flughafens und damit die Gefährdung tausender Jobs.⁹⁷ Diese beiden Vorhaben waren jedoch zentrale Anliegen der „Netzwerker“ innerhalb der SPD und der Abgeordneten aus Nordhessen. Die Abgeordnete Silke Tesch unterstützte Walters Absage an den Ministerposten. Er habe das „kastrierte Ministerium“ nicht annehmen können, sagte sie.⁹⁸ Dass Ypsilanti ihrem Intimus Hermann Scheer das Wirtschaftsministerium übertragen wollte und für Jürgen Walter nur das „kastrierte“ Verkehrsministerium beziehungsweise das Innenministerium vorsah, sorgte für schlechte Stimmung innerhalb der SPD. Es bestand die Be-

fürchtung, dass nordhessische Abgeordnete ihr die Zustimmung verweigern könnten, aufgrund der Beschlüsse zum Ausbau des Flughafens Kassel-Calden.⁹⁹

Der Vorsitzende des SPD-Bezirks Hessen-Süd, Gernot Grumbach, lobte die Koalitionsvereinbarung hingegen als gelungenen Kompromiss und wies die Kritik von Walter am Ressortzuschnitt zurück. Walter lehnte nach Grumbachs Einschätzung ein Ministeramt in einer Regierung Ypsilanti ab, weil er „offensichtlich eine andere Lebensperspektive“ habe. Walter nannte diese Kritik an seiner Person eine „Frechheit“.¹⁰⁰ Eine Abgeordnete, die Walter beisprang, war die SPD-Landtagsabgeordnete Carmen Everts. Sie widersprach Grumbach, der Walters Verzicht mit dessen anderer Lebensperspektive begründet hatte. Walter habe, so Everts, klar und offen erklärt, dass er für das Wirtschafts- und Verkehrsministerium zur Verfügung stehe, der von Ypsilanti geplante Zuschnitt für ihn allerdings nicht akzeptabel sei. Everts sagte zudem, Parteichefin Ypsilanti habe mit dieser Personalentscheidung eine Chance zur Einigung der hessischen Sozialdemokratie verpasst.¹⁰¹

Außerdem bemängelte Jürgen Walter, dass die SPD in der Ressortaufteilung auf das Umwelt- und das Kultusministerium verzichtet habe. Beide, künftig von den Grünen geführten Ministerien seien die einzigen Ressorts, die mit zusätzlichen Finanzmitteln ausgestattet würden. Aufgrund dieser Tatsachen kündigte er an, den rot-grünen Koalitionsvertrag nicht zu unterschreiben. Zudem ließ er es offen, ob er Ypsilanti am darauf folgenden Dienstag zur Ministerpräsidentin wählen wolle. Dagmar Metzger wies zudem darauf hin, dass zwei Drittel der Hessen gegen die Bildung einer rot-grünen Minderheitsregierung seien, die auf Unterstützung durch die Linke angewiesen ist. Die SPD dürfe die Meinung ihrer Funktionäre nicht mit der des Volkes verwechseln, so Metzger.¹⁰² Sie bat deswegen die Delegierten darum, ihre Entscheidung genau abzuwägen.¹⁰³ Andrea Ypsilanti hätte zu diesem Zeitpunkt erkennen können, dass es klare Anzeichen dafür gab, dass ihr Kurs nicht die volle Unterstützung in der Hessen-SPD hatte.

Die Abweichler und das Ende einer SPD-Regierung unter Andrea Ypsilanti

Das Ergebnis des Parteitages hätte somit eigentlich ein mulmiges Gefühl bei Andrea Ypsilanti hinterlassen müssen, hin- und hergerissen zwischen klarer Zustimmung auf der einen Seite und der immer wieder hervorgebrachten Kritik an ihrem Kurs auf der anderen. Zwei Tage nach dem Parteitag vom 1. November sollte sich dann bestätigen, dass trotz der Zustimmung auf dem Parteitag keine Regierung gebildet werden kann. Auslöser waren vier Landtagsabgeordnete, die schon zuvor den Kurs der Andrea Ypsilanti öffentlich und intern kritisiert hatten: Dagmar Metzger, Silke Tesch, Carmen Everts und Jürgen Walter. Am 3. November erklärten sie auf einer Pressekonferenz in Wiesbaden, dass sie Andrea Ypsilanti aus Gewissensgründen nicht wählen könnten. Dagmar Metzgers Ablehnung war hinlänglich bekannt. Sie begründete dennoch auf der Pressekonferenz noch einmal ihre Ablehnung. Von Jürgen Walter hatten Viele dieses Vorgehen vorhergesehen. Er machte in seinem Statement deutlich, dass er den Kurs der hessischen SPD seit Februar kritisiere und versucht habe, konstruktiv mitzuarbeiten, was ihn als wankelmütig

und inkonsequent erscheinen ließ. Er fühlte sich hin und her gerissen zwischen Parteiloyalität und der inneren Überzeugung, dass eine von den Linken tolerierte Minderheitsregierung dem Land Hessen und der SPD Schaden würde. Am Ende sagte er:

„Heute stehe ich am Ende dieses langen und schwierigen Abwägungsprozesses. (...) Ich bin heute mit mir vollständig im Reinen. Ich weiß, was meine Entscheidung bedeutet – aber ich kann dieser Regierung meine Zustimmung nicht geben.“

Carmen Everts begründete ihre Nichtwahl Andrea Ypsilantis mit den extremistischen Zügen der Linkspartei. Sie wies darauf hin, dass sie von Anfang an sowohl in der Fraktion als auch in der Partei ihre Bedenken klar geäußert hätte und sich darüber im Klaren war, dass ihre Entscheidung eine große Belastung für ihre Partei bedeute. Sie sagte:

„Ich hatte für mich persönlich auch immer wieder die Hoffnung, ich fände einen für mich erträglichen Kompromiss und ich könnte meine persönliche Gewissensentscheidung in der Mehrheitsfindung der Gesamtpartei aufgehen lassen. Durch die zurückliegenden Tage mit dem letztendlich entscheidenden Parteitag am Samstag und mit meinem ganz persönlichen eigenen Gang in die Wahlkabine ist mir eines mehr als bewusst geworden. Ich muss dies alleine mit meinem Gewissen ausmachen.“

Auch Silke Tesch erläuterte in einem eigenen Statement, wieso sie Andrea Ypsilanti nicht zu Ministerpräsidentin wählen könne. Sie machte deutlich, dass allein schon der Bruch des Wahlversprechens Grund genug gewesen wäre, die Regierung nicht mitzutragen. Zudem betonte Sie, sich schon Anfang des Jahres an die Seite von Dagmar Metzger gestellt zu haben und wiederholte, dass sie ihre Bedenken und Zweifel sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Fraktion zum Ausdruck gebracht hätte.

„Diese Bedenken sind von der Fraktionsführung regelmäßig ignoriert und ausgeblendet worden. (...) Mehrfach wurde ich darauf angesprochen, dass auch ich mein Wort brechen würde, wenn ich diese Regierung unterstütze. Bis gestern haben uns alle unzählige Aufforderungen aus der Partei und der Bevölkerung erreicht, diesen Weg zu verhindern – meinem Gewissen und diesen Menschen fühle ich mich verpflichtet.“¹⁰⁴

Die Entscheidung der vier Abgeordneten traf die SPD völlig unerwartet. Andrea Ypsilanti trat erst acht Stunden nach der Entscheidung der vier Abgeordneten vor die Presse. Dort sagte sie, dass der Schritt der vier für sie sehr überraschend gekommen sei und sie maßlos enttäusche.¹⁰⁵

Hätten die Entwicklungen Andrea Ypsilanti überraschen dürfen? Hätte sie nicht ahnen müssen, dass es große Bedenken in der Fraktion gegen ihren Kurs gab? Die Entwicklungen im November und die Erklärung der vier Abgeordneten, Andrea Ypsilanti nicht zur Regierungschefin wählen zu können, lösten auch in der Berliner Parteizentrale Bestürzung aus. Vor allem die „kurzfristige Entdeckung des eigenen Gewissens“ wurde vom Parteivorsitzenden Müntefering harsch kritisiert.¹⁰⁶ Er bezeichnete den gescheiterten Machtwechsel als schweren Schlag für die hessische

SPD und berichtete, dass im SPD-Präsidium die Nachricht am Montagvormittag eine Mischung aus Betroffenheit und Empörung ausgelöst habe.¹⁰⁷

Epilog

Alle Parteien im hessischen Landtag sprachen sich nach den Äußerungen der vier SPD-Abgeordneten für Neuwahlen in Hessen aus, da keine Regierungsmehrheit in Sicht war. Als letztes stimmten SPD und CDU zu. Andrea Ypsilanti verzichtete auf die Spitzenkandidatur für die Landtagswahl und schlug Thorsten Schäfer-Gümbel für die Kandidatur vor. Mit 96,7 Prozent wurde Schäfer-Gümbel von einem Sonderparteitag der hessischen SPD am 13. Dezember 2008 zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahlen gewählt. Aus den Landtagswahlen am 18. Januar 2009 ging die CDU mit 37,2 Prozent (plus 0,4 Prozent) als stärkste Partei hervor. Die SPD verlor stark und erreichte mit 23,7 Prozent (minus 13 Prozent) ihr historisch schlechtestes Ergebnis in Hessen. FDP (16,2 Prozent) und Grüne (13,7 Prozent) erzielten für ihre Verhältnisse außergewöhnlich hohe Stimmanteile und -zuwächse. Der Linken gelang mit 5,4 Prozent der erneute Einzug in den Landtag. Am 5. Februar wurde Roland Koch mit den Stimmen von CDU und FDP zum Ministerpräsidenten gewählt.

Thorsten Schäfer-Gümbel wurde im Jahr 2009 als Landesvorsitzender der SPD und Fraktionsvorsitzender der SPD im Hessischen Landtag gewählt.

Anmerkungen/Endnoten

¹ Vgl. <http://www.andrea-ypsilanti.de/meldungen/13897/74031/Andrea-Ypsilanti-kandidiert-nicht-mehr-fuer-den-Bundesvorstand-der-SPD.html>, Stand: 17.11.2009.

² Ebenda.

³ Vgl. **Schroeder**, Wolfgang; Albert, Florian; Neumann, Arijana (2008): Die hessische Landtagswahl 2008. In: Schroeder (Hrsg.) Parteien und Parteiensystem in Hessen, 27-55.

⁴ Vgl. <http://www.zeit.de/news/artikel/2006/08/29/72318.xml>, Stand: 3.11.2009.

⁵ Vgl. http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=5710&key=standard_document_27736092, Stand: 3.11.2009.

⁶ Vgl. http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=15662&key=standard_document_25612170, Stand: 3.11.2009.

⁷ Vgl. http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=5710&key=standard_document_27769570, Stand: 3.11.2009.

⁸ Vgl. http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=15662&key=standard_document_25612170, Stand: 27.11.2009.

⁹ Vgl. <http://www.derwesten.de/nachrichten/politik/landtagswahlen/2009/1/19/news-106079562/detail.html>, Stand: 17.11.2009.

¹⁰ Vgl. <http://www.faz.net/s/Rub606F7D1C907A4A7F9C506AE24D76B150/Doc~E54D02BD339FB4B0D83B0467293EB92E1~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, Stand: 27.11.2009.

¹¹ Vgl. Ebenda.

¹² Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,452154,00.html>, Stand: 3.11.2009.

¹³ Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,452154,00.html>, Stand: 3.11.2009.

¹⁴ Vgl. http://www.etracker.de/lnkcnt.php?et=TysP23&url=http://www.spd.de/de/pdf/mitglieder/091031_Mitgliederbestand.pdf&title=&lnkname=material--/de/pdf/mitglieder/091031_Mitgliederbestand.pdf, Stand: 11.11.2009.

¹⁵ Vgl. ebenda.

¹⁶ Vgl. **Steffen**, Christian (2006): Die Parteiensysteme Dänemarks, Norwegens und Schwedens, S. 67-108. In: Niedermayer, Oskar; Stöss, Richard; Haas, Melanie (Hrsg.): Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden, S. 96-97.

¹⁷ Vgl. **Schroeder**, Wolfgang (2008): Die hessische SPD zwischen Regierung und Opposition, in: Ders. (Hrsg.), Parteien und Parteiensystem in Hessen, Wiesbaden, S. 77-106.

¹⁸ Vgl. <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/hessen.htm>, Stand: 14.10.2009.

- ¹⁹ Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,483739,00.html>, Stand: 14.10.2009.
- ²⁰ Vgl. http://www.zeit.de/dpa/2008/8/20/iptc-bdt-200_80813-574-dpa_18703894.xml, Stand: 16.10.2009.
- ²¹ Vgl. **Schroeder; Albert; Neumann** (2008), S. 28
- ²² Vgl. http://www.tagesspiegel.de/politik/art771,236_7709, Stand: 16.10.2009.
- ²³ Vgl. <http://www.tagesschau.de/inland/koch18.html>, Stand: 19.10.2009.
- ²⁴ Vgl. http://www.focus.de/politik/deutschland/unter_schriftenaktion_aid_87398.html, Stand: 25.11.2009
- ²⁵ Vgl. http://www.hermannscheer.de/de/index.php?option=com_content&task=view&id=387&Itemid=139, Stand: 24.10.2009.
- ²⁶ Vgl. http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?key=standard_document_31330_804&rubrik=5710, Stand: 11.11.2009.
- ²⁷ Vgl. **Bebenburg**, Pitt von: SPD-Flügel setzt auf Rot-Grün. In: Frankfurter Rundschau, 4.9.2007, S. 22.
- ²⁸ Vgl. <http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/dokument.html?id=52417800&top=SPIEGEL>, Stand: 11.11.2009.
- ²⁹ Vgl. http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digiartikel/?ressort=in&dig=2007%2F10%2F0_5%2Fa0051&cHash=a0b95e0622, Stand: 11.11.2009.
- ³⁰ Vgl. http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?sid=97da8bca602893708d65c9ed54c6be0e&em_content=1248995, Stand: 11.11.2009.
- ³¹ <http://debatte.welt.de/kolumnen/41/modernes+deutschland/56598/fuer+ypsilantis+plaene+muesste+hessen+zahlen?highlight=%2C>, Stand 16.10.2009.
- ³² Vgl. <http://www.faz.net/s/RubEA30294A29CF46D0B1B242376754BC09/Doc~E09592389421D4B8DAD8B5FAE157D5612~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, Stand: 24.10.2009.
- ³³ Vgl. <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/hessen.htm>, Stand: 25.11.2009.
- ³⁴ http://www.tagesschau.de/inland/wahlenhessen_4.html, Stand: 12.11.2009
- ³⁵ Vgl. http://www.hr-online.de/website/specials/ltw2008/index.jsp?rubrik=32776&key=standard_document_33746240, Stand: 19.10.2009.
- ³⁶ http://www.welt.de/politik/article1855185/Wenn_jede_Partei_irgendwann_mit_jeder_kann.html, Stand: 18.11.2009.
- ³⁷ Vgl. <http://www.sueddeutsche.de/politik/973/431724/text/>, Stand: 18.11.2009.

³⁸ Vgl. http://www.hr-online.de/website/specials/ltw2008/index.jsp?rubrik=32776&key=standard_document_33746240, Stand: 24.10.2009.

³⁹ Vgl. http://www.welt.de/politik/article1612422/Ypsilanti_verweigert_Koch_Koalitionsgespraech.html, Stand: 19.10.2009.

⁴⁰ Vgl. http://www.welt.de/politik/article1666106/Ampelkoalition_ist_in_Hessen_vom_Tisch.html, Stand: 19.10.2009.

⁴¹ Vgl. <http://www.faz.net/print/Politik/FDP-gibt-sich-als-Stalking-Opfer>, Stand: 10.11.2009.

⁴² Vgl. <http://www.sueddeutsche.de/politik/146/433894/text/>, Stand: 10.11.2009.

⁴³ Vgl. http://www.welt.de/politik/article1622376/Grueene_lehnen_Jamaika_in_Hessen_ab.html, Stand: 19.10.2009.

⁴⁴ Ebenda.

⁴⁵ http://www.hr-online.de/website/fernsehen/sendungen/video_archiv5300.jsp?rubrik=5300&r=1&y=2008&t=20080218, Stand: 20.10.2009

⁴⁶ http://www.hr-online.de/website/radio/hr-info/index.jsp?rubrik=7732&key=standard_document_33746318, Stand: 20.10.2009.

⁴⁷ Vgl. <http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/6/0,3672,7152646,00.html>, Stand: 16.11.2009.

⁴⁸ <http://www.sueddeutsche.de/politik/499/431250/text/>, Stand: 26.11.2009.

⁴⁹ Vgl. http://www.szon.de/home_artikel,-Nahles-Nicht-mit-Existenz-der-Linkspartei-abfinden-_arid,2253938.html, Stand: 16.11.2009.

⁵⁰ Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,536969,00.html>, Stand: 16.11.2009.

⁵¹ Vgl. **Krumm**, Thomas (2004): Politische Vergemeinschaftung durch symbolische Politik – die Formierung der rot-grünen Zusammenarbeit in Hessen von 1983 bis 1991. Wiesbaden, S. 25.

⁵² Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,536446,00.html>, Stand: 12.11.2009.

⁵³ Vgl. http://www.lexisnexis.com/de/business/results/docview/docview.do?docLinkInd=true&risb=21_T7644088080&format=GNBFULL&sort=DATE,A,H&startDocNo=1&resultsUrlKey=29_T7644088075&cisb=22_T7644088074&treeMax=true&treeWidth=0&csi=241710&docNo=22, Stand: 20.10.2009.

⁵⁴ Vgl. <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2008/0222/seite1/0029/index.html>, Stand: 16.11.2009.

⁵⁵ Vgl. <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2008/0222/tagesthema/0032/index.html>, Stand: 16.11.2009.

⁵⁶ Vgl. <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2008/0222/tagesthema/0032/index.html>, Stand: 18.11.2009.

- ⁵⁷ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,536657,00.html>, Stand: 20.10.2009.
- ⁵⁸ Vgl. <http://www.wiesbadener-tagblatt.de/nachrichten/politik/4731780.htm>, Stand: 16.11.2009.
- ⁵⁹ Vgl. <http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/18/0,3672,7163410,00.html>, Stand: 26.11.2009.
- ⁶⁰ Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,537549,00.html>, Stand: 21.10.2009.
- ⁶¹ <http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2008/erste9680.pdf>, Stand: 24.10.2009.
- ⁶² <http://www.rundschau-online.de/html/artikel/1204610754325.shtml>, Stand: 17.11.2009.
- ⁶³ Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,539256,00.html>, Stand: 17.11.2009.
- ⁶⁴ <http://www.sueddeutsche.de/politik/355/435102/text/>, Stand: 26.11.2009.
- ⁶⁵ Vgl. <http://www.tagesspiegel.de/meinung/kommentare/auf-den-punkt/SPD-Ausreden;art15890,2488891>, Stand: 17.11.2009.
- ⁶⁶ Vgl. <http://www.stern.de/politik/deutschland/wer-ist-dagmar-metzger-die-darmstaedter-kennedys-613569.html>, Stand: 27.11.2009.
- ⁶⁷ Vgl. **Hickmann**, Christoph, Ypsilantis Mehrheit wackelt, in: Süddeutsche Zeitung, 7.3.2008, Seite 1.
- ⁶⁸ Vgl. <http://www.wiesbadener-tagblatt.de/nachrichten/politik/4769826.htm>, Stand: 11.11.2009.
- ⁶⁹ <http://www.spd-watch.de/thema/dagmar-metzger/>, Stand: 21.10.2009.
- ⁷⁰ Vgl. http://www.hr-online.de/website/specials/ltw2008/index.jsp?rubrik=32776&key=standard_document_33968922, Stand: 12.11.2009.
- ⁷¹ Vgl. ebenda.
- ⁷² Vgl. <http://www.faz.net/print/Politik/Ein-vor-Wut-schaeumendes-Tribunal?print=1>, und <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,540295,00.html>, Stand: 12.11.2009.
- ⁷³ Vgl. Ebenda.
- ⁷⁴ Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,540851,00.html>, Stand: 12.11.2009.
- ⁷⁵ Vgl. <http://www.stern.de/politik/deutschland/kurt-beck-fuehrungswille-nicht-geschwaecht-613666.html>, Stand: 12.11.2009.
- ⁷⁶ Vgl. <http://www.tagesschau.de/inland/hessenregierung12.html>, Stand: 24.10.2009.
- ⁷⁷ Vgl. http://www.lawww.de/hlv/Aktuell/hv_text.htm#113, Stand: 11.11.2009.
- ⁷⁸ Vgl. <http://hessen-spd.de/meldungen/11801/57175/Mehrheiten-fuer-ein-soziales-Hessen.html>, Stand: 22.10.2009.
- ⁷⁹ Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,537716,00.html>, Stand: 17.11.2009.

- ⁸⁰ Vgl. <http://www.n-tv.de/politik/Hessen-SPD-ueber-Linke-article19847.html>, Stand: 26.10.2009.
- ⁸¹ Vgl. http://hessen-spd.de/db/docs/doc_19905_2_0089215404.pdf, Stand: 22.10.2009.
- ⁸² http://www.dagmar-metzger.de/index.php?nr=54_12&menu=1&_dmetzger=19eaf46a288cbdc9d2167d90e75df456, Stand: 22.10.2009.
- ⁸³ <http://hessen-spd.de/meldungen/11801/57787/Mehrheiten-fuer-ein-solidarisches-Hessen---fuer-die-Soziale-Moderne.html>, Stand: 22.10.2009.
- ⁸⁴ Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,576413,00.html>, und http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp?sessionId=190F530A0A3E5A32D69FCE7ADFC538DC?rubrik=34954&key=standard_document_35147500, Stand: 22.10.2009.
- ⁸⁵ Vgl. http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=5710&key=standard_document_35222374, Stand: 22.10.2009.
- ⁸⁶ Vgl. http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=5710&key=standarddocument_35225382, Stand: 22.10.2009.
- ⁸⁷ Vgl. http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp?rubrik=36098&key=standard_document_35263094, Stand: 22.10.2009.
- ⁸⁸ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,571239,00.html>, Stand: 22.10.2009.
- ⁸⁹ Vgl. <http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/23/0,3672,7162487,00.html>, Stand: 26.11.2009.
- ⁹⁰ <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/probeabstimmung-fuer-ypsilanti-erfolgreich%3B2051898>, Stand: 22.10.2009.
- ⁹¹ Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,577228,00.html>, Stand: 16.11.2009.
- ⁹² Vgl. http://www.fr-online.de/top_news/1591654_Ypsilanti-beschnuppert-die-Linken.html, Stand: 16.11.2009.
- ⁹³ Vgl. <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/Andrea-Ypsilanti-Hessen;art122,2630776>, Stand: 26.11.2009.
- ⁹⁴ Vgl. http://www.fr-online.de/top_news/1608798_Die-Forderungen-der-Linken.html, Stand: 16.11.2009.
- ⁹⁵ Vgl. <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/Andrea-Ypsilanti-Hessen;art122,2630776>, Stand: 16.11.2009.
- ⁹⁶ Vgl. <http://www.welt.de/politik/article2625146/Ypsilantis-Stellvertreter-aetzt-gegen-seine-Chefin.html>, Stand: 15.11.2009.
- ⁹⁷ Vgl. <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/hessen-kritik-am-koalitionsvertrag;2072398>, Stand: 15.11.2009.
- ⁹⁸ Vgl. <http://www.ksta.de/html/artikel/1218660756773.shtml>, Stand: 15.11.2009.

⁹⁹ Vgl. ebenda.

¹⁰⁰ Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,586562,00.html>, Stand: 15.10.2009.

¹⁰¹ Vgl. <http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/5/0,3672,7396293,00.html?dr=1>, Stand: 15.11.2009.

¹⁰² Vgl. http://www.lexisnexis.com/de/business/results/docview/docview.do?docLinkInd=true&risb=21_T7668736893&format=GNBFULL&sort=DATE,A,H&startDocNo=1&resultsUrlKey=29_T7668736878&cisb=22_T7668736877&treeMax=true&treeWidth=0&csi=147881&docNo=2, Stand: 20.10.2009.

¹⁰³ Vgl. <http://www.zeit.de/online/2008/45/hessen-walter-koalitionsvertrag-abgelehnt>, Stand: 16.11.2009.

¹⁰⁴ Alle Statements und ein Video der Pressekonferenz sind zu finden auf: http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=5710&key=standard_document_35666294 und http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp?rubrik=34954&key=standard_document_35669302, Stand: 22.10.2009.

¹⁰⁵ Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,588228,00.html>, Stand: 17.11.2009.

¹⁰⁶ Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,588110,00.html>, Stand: 24.10.2009.

¹⁰⁷ Vgl. <http://www.rundschau-online.de/html/artikel/1225702658493.shtml>, Stand: 18.11.2009.